



**Bettina Hagedorn**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Kasseedorf, 12.05.03

## **Bericht für den Kreisparteitag der SPD Ostholstein am 17.5.2003 in Oldenburg**

Liebe Genossinnen und Genossen,

knapp 8 Monate ist es her, dass Ihr mich mit allen 55 Ortsvereinen des Wahlkreises zwischen Puttgarden und Reinfeld zu einem – in dieser Höhe – unglaublichen Wahlerfolg „getragen“ habt: über 10.500 Stimmen Vorsprung gegenüber meinem CDU-Mitbewerber und 8.035 Stimmen Vorsprung für die SPD gegenüber der CDU im Wahlkreis, den die CDU aufgrund seiner Struktur sicher zu haben glaubte! Wenn man bedenkt, dass bundesweit die SPD einen Vorsprung – knapp wie ein Wimpernschlag – von 6.027 Stimmen besaß, wird uns nur allzu deutlich: es war auch den Ortsvereinen von Ostholstein und Nordstorman maßgeblich zu verdanken, dass unser Kanzler Gerhard Schröder – und nicht Edmund Stoiber – heißt!

Gerade in der Frage des – über Monate die Berliner Politik bestimmenden – Irak-Konflikts, der selbstbewußten Emanzipation vom NATO-Partner USA, des Bündnisses mit Frankreich und dem Bemühen um keine kriegslegitimierende UN-Resolution war ich jeden Tag dankbar, dass wir gemeinsam diesen – wenn auch bundesweit knappen – Wahlerfolg errungen hatten. Auch wenn es dem „alten Europa“ nicht gelang, den Krieg im Irak zu verhindern: es bleibt festzuhalten, dass das Vorgehen der Bush-Regierung völkerrechtlich nicht legitimiert war und Gerhard Schröders Vision von einer Entwaffnung des Irak unter Federführung der UNO, dass sein „Nein“ zum Krieg die einzige legitime und auch durchsetzbare Marschroute war. Nicht er und die Bundesrepublik waren weltweit isoliert – wie die CDU und Angela Merkel gebetsmühlenartig behaupteten – sondern die deutsche CDU/CSU war es. Wie hätten Deutschland und Europa mit einem Kanzler Stoiber agiert?

Liebe Genossinnen und Genossen,

schon alleine dafür hat sich unser gemeinsamer anstrengender Wahlkampf im Sommer 2002 gelohnt!

Umso bedrückender war es für mich, die selbst 20 Jahre lang Kommunalpolitik hautnah gestaltet hat, miterleben zu müssen, dass die Ortsvereine keine Chancen hatten diesen Wahlerfolg am 2. März 2003 bei der für Städte und Gemeinden wichtigsten Wahl zu wiederholen.... und dass ausgerechnet Berlin die Hauptschuld daran trug. Eure Bitterkeit darüber kann ich nur zu gut mitempfinden, bin ich doch erst am 15. April als Bürgermeisterin von Kasseedorf und am 28. April 2003 als Amtsvorsteherin des Amtes Schönwalde ausgeschieden und musste diese Ämter an CDU-Nachfolger abgeben (allerdings war ich auch die erste SPD-Bürgermeisterin in meiner Gemeinde seit dem zweiten Weltkrieg, also kein traditionelles Heimspiel!). Ich werde Euch als Bundestagsabgeordnete unterstützen so gut ich kann, um mitzuhelfen, dass die Basis für sozialdemokratische Mehrheiten in der Zukunft neu erarbeitet wird. Laßt uns den strategischen Vorteil gemeinsam nutzen, dass die CDU Ostholstein bereits seit 1998 im Bundestag nicht vertreten ist!

Nach Aussagen dienstälterer Bundestagsabgeordneter hat sich der Arbeitsalltag in Berlin, die zeitliche und psychische Belastung der Fraktionsmitglieder seit dem September 2002 extrem verändert und zugespitzt. Dazu tragen vor allem die knappen Mehrheitsverhältnisse in allen Ausschüssen wie im Plenum bei, die katastrophale Situation der Finanzen im Haushalt wie in den Sozialkassen, die anhaltende konjunkturelle Flaute mit steigenden Arbeitslosenzahlen und die unvermeidbaren, unpopulären gesetzlichen Entscheidungen, die in Verantwortung dieser Ausgangslage zu treffen sind und mehrheitsfähig sein müssen. Die Fülle der parallel anzuschubenden Maßnahmen bedeutet in Berlin einen Sitzungsmarathon, die Komplexität der Probleme und die Schwere der Einschnitte erfordert eine kaum zu bewältigende Informationsflut und einen Diskussionsbedarf auch innerhalb der SPD-Fraktion. Gleichzeitig erfordern die ständigen Zuspitzungen der finanziellen Lage schnelles Handeln und gewähren nicht ausreichend Zeit, um die Themen zu bearbeiten und im Wahlkreis rückzukoppeln.

Dies ist kein Klagelied Eurer Abgeordneten: die Herausforderungen sind größer als im September 2002 erwartet, die Lage des Haushalts und der Sozialkassen viel

dramatischer als befürchtet (siehe dazu Extra-Bericht der Ausgangslage der Agenda 2010) und die Gefahr für die finanziellen Gestaltungsräume der künftigen Generation, für eine soziale Balance in der Gesellschaft (auch zwischen den Generationen!) ernster als geglaubt. Aber: meine – in der Kommunalpolitik oft bewiesene – Kämpfernatur hilft mir in Berlin, diesen Herausforderungen zu trotzen, dem Druck standzuhalten und zu entdecken, wo ich trotz aller Probleme für meinen Wahlkreis und für die Zielgruppen, die mir am Herzen liegen, effektiv zum Erfolg beitragen kann. Dazu folgende Beispiele:

### **Sicherheit bei Fahrgastschiffen und Hochseeangelkutter in Ostholstein**

Vom Oktober 2002 bis Februar 2003 habe ich mich intensiv für die Ostholsteiner Hochseeangler eingesetzt und mit dazu beigetragen, dass die Bundesregierung ihren nationalen Handlungsspielraum bei der Umsetzung der EU-Richtlinie zur Sicherheit der Fahrgastschiffe im Sinne der Betroffenen voll ausgeschöpft hat. Dazu haben auch meine Gespräche und ein von mir initiiertes Besuch bei der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium, Angelika Mertens (SPD), mit Betroffenen aus Ostholstein und mit unserem SPD-Landtagsabgeordneten Gerhard Poppendiecker erfolgreich beigetragen: so wurde der Absatz in der Nationalen Fahrgastschiffsrichtlinie gestrichen, nach dem der Radius für Fahrgastschiffe und Angelkutter mit einer Länge von unter 24 m von zehn auf fünf Meilen begrenzt werden sollte (ab 24m gilt EU-Recht). Ursprünglich sollte diese Regelung schrittweise ab 2006 gelten. Jetzt können die für die steigende Zahl von Touristen so attraktiven Hochseeangelfahrten auf Dauer auch in die Ostseebereiche fortgesetzt werden, in denen interessante Fischgründe zu finden sind. Zudem binden wir damit treue Gäste gerade auch außerhalb der Badesaison an unsere Region.

### **Einsatz für die Vogelfluglinie Scandlines**

Der Streit um die deutsch-dänische Beteiligung bei Scandlines eskalierte Anfang des Jahres und drohte zu einer ernsten politischen Belastung für das deutsch-dänische Verhältnis zu werden. Insbesondere die verunsicherten Scandlines-Arbeitnehmer waren durch das Hick-Hack in der Chefetage verunsichert und bangten um ihre Arbeitsplätze. Zusammen mit Franz Thönnies habe ich mich an den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn, Hartmut Mehdorn, gewandt und davor gewarnt, die deutschen Scandline-Anteile der Bahn zu verkaufen. Endlich wurde

dann im März 2003 beschlossen, dass die deutsch-dänische Reederei Scandlines erhalten bleibt – und damit auch die Arbeitsplätze auf Fehmarn und im Nordosten.

### **Sommerferienregelung**

Der Tourismusausschuss des Bundestages, in dem ich stellvertretendes Mitglied bin, hatte bereits im vergangenen Jahr - fraktionsübergreifend - angeregt, die Sommerferienzeit aller Bundesländer wieder auf insgesamt drei Monate zu verteilen. In vielen Gesprächen sowohl mit Automobil-Clubs, Tourismusverbänden, führenden Vertretern der Tourismuswirtschaft, wie auch im Tourismus-Beirat des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit haben wir diese Forderung bestärkt. Beim Besuch des Tourismusausschusses auf der Internationalen Tourismus Börse (ITB) in Berlin habe ich bekräftigt, dass eine gekürzte Sommerferienphase massive Probleme für Tourismusregionen wie Ostholstein, aber auch für Familien mit Schulkindern bedeutet. Ende März 2003 haben die Ministerpräsidenten dieses Thema zur „Chefsache“ gemacht, so dass von der Kultusministerkonferenz noch vor der Sommerpause einen Lösungsvorschlag für die Ferienregelung gefunden werden soll. Die Entzerrung der Ferienzeit ist auch dadurch möglich geworden, dass alle „an einem Strang“ gezogen haben. Dabei ist aber auch besonders der Einsatz von Heide Simonis hervorzuheben.

### **Berufsvorbereitende Maßnahmen für Jugendliche und Menschen mit Behinderungen**

Die Bundesanstalt für Arbeit hatte geplant, bei diesen Maßnahmen zu kürzen: allein im Arbeitsamtsbereich Lübeck und Ostholstein sollte es zu einem Einbruch von 40-50% kommen. Zu diesem Thema habe ich mit meinen Schleswig-Holsteiner Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion „Alarm geschlagen“ – dort haben wir auf breiter Ebene diskutiert. Zusätzlich habe ich mich intensiv bei dem Präsidenten der Berliner Repräsentanz der BA, dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes sowie bei dem zuständigen Fachmann im Landesarbeitsamt dafür stark gemacht, diese Kürzungen zurückzunehmen. Schließlich habe ich mich mit dem Landrat auseinandergesetzt; denn von den Kürzungen wären auch die kommunalen Jugendaufbauwerke betroffen.

Die Beseitigung von Jugendarbeitslosigkeit ist das Herzstück der Arbeitsmarktreform. Die Zukunft für Kinder und Jugendliche ist seit 20 Jahren

Schwerpunkt meiner politischen Arbeit. Die Chance auf Ausbildung, Qualifikation und Arbeit ist Kern jeder Perspektive – kein junger Mensch unter 25 Jahre sollte ohne Ausbildung oder Arbeit sein, denn sonst entsteht ein Grundstock für Langzeitarbeitslose der Zukunft. Diese Argumentation leuchtete ein: auf Druck der SPD-Bundestagsfraktion wurden die Kürzungen zurückgezogen. Arbeitsminister Wolfgang Clement versicherte, dass der Haushaltsansatz mindestens auf dem Vorjahresniveau gehalten wird. Diese Marschroute wurde von dem Chef der BA umgesetzt: er hat die Arbeitsämter angewiesen, dass es bei den finanziellen Förderungen für die benachteiligten Jugendlichen und Behinderte keine Einschränkungen geben wird. Ab Herbst diesen Jahres können jetzt wie geplant neue Maßnahmen beginnen.

### **Sicherung der Briefkästen im ländlichen Raum**

Ich habe das Anliegen Lemkenhafener unterstützt, die sich für die Wiederaufstellung des Postbriefkastens einsetzen. Mit entsprechender Unterschriftenliste hatten sie sich an mich gewandt. Diese „Nacht und Nebelaktion“ der Post war eine Zumutung für die Bewohner im ländlichen Raum. Ein Unternehmen, das an einer guten Zusammenarbeit interessiert ist, handelt anders. Die Post hätte besser vorab ihre Absichten offenlegen, begründen und mit den Kommunen beraten sollen - bevor Tatsachen geschaffen werden. Immerhin hat der öffentliche Druck dann doch dazu geführt, dass die Post wieder ihre Kästen aufstellte. In Berlin bleibt das Thema auf der Tagesordnung: Die Dienstleistungen der Post und die Poststellen im ländlichen Raum werden wir im Haushaltsausschuss weiter mit Argusaugen verfolgen.

### **Ganztagsbetreuung ausbauen**

Der Entwurf der Bundesregierung zu einer Verwaltungsvereinbarung zum Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ liegt allen Bundesländern vor. Auf der Grundlage dieser Verwaltungsvereinbarung wird der Bund die Länder im Zeitraum von 2003 bis 2007 mit insgesamt vier Milliarden Euro für die Schaffung neuer Ganztagschulplätze unterstützen. Allein für Schleswig-Holstein stehen bis 2007 insgesamt rund 135 Mio. Euro für Investitionsvorhaben zur Verfügung. Von der Landesregierung Schleswig-Holstein und den Schulträgern muss jetzt die Chance genutzt werden, schon bald mit Unterstützung des Bundes neue Plätze in Ganztagschulen oder Schulen mit angegliedertem Hort anzubieten. Die

Landesregierung, die Städte und die Gemeinden sind auf einem guten Weg, da bereits seit einem Jahr mit den Schulträgern geeignete Ganztagsbetreuungsangebote an 69 Standorten in Schleswig-Holstein – darunter auch an sechs Orten in Ostholstein - modellartig erprobt werden. Ich werde weiter den Ausbau von Ganztagsbetreuungsplätzen unterstützen. Deshalb habe ich mich intensiv mit dem Bundesbildungsministerium und der Landesregierung Schleswig-Holstein zur geplanten finanziellen Förderung des Bundes für den Ausbau von Ganztagschulen in Schleswig-Holstein auseinandergesetzt.

Neben diesen regionalen Schwerpunkten versuche ich auch, die Ostholsteiner Interessen und die Interessen meiner Zielgruppen, gerade auch die der jungen Menschen bei meiner Arbeit in den Fach-Ausschüssen des Bundestages wahrzunehmen. Ich bin Mitglied im Haushaltsausschuss und dort zuständig für den Bereich Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss. Gleichzeitig bin ich stellvertretendes Mitglied im Tourismusausschuss und im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die Fülle meines Terminkalenders (anbei eine kleine Dokumentation dazu) und meine Ämter als Bürgermeisterin und als Amtsvorsteherin haben mich in den letzten Wochen und Monaten stark beansprucht – ich hoffe, dass dies nach der Niederlegung meiner kommunalen Ämter besser wird, um noch mehr Zeit für meine Wahlkreisarbeit zu haben.

Bei all meiner politischen Tätigkeit war und ist mir auch in Zukunft wichtig, dass die Nähe zu den jungen Menschen gegeben bleibt. Ich habe viele Schülerinnen, Schüler und Auszubildende als Besuchergruppen in Berlin und besuche auch in meinem Wahlkreis die Schulen, um mich mit Jugendlichen auszutauschen. Daneben bemühe ich mich, dass bei den Besuchergruppen, die ich 3mal im Jahr zu einem mehrtägigen Besuch nach Berlin einladen kann, mindestens 10 Jugendliche mitreisen. Die Gespräche mit den Jugendlichen bleiben mir wichtig, in denen ich auch dazu beitragen kann, Politik an junge Menschen heranzutragen. Den Dialog mit den jungen Menschen - innerhalb und außerhalb der Partei - werde ich weiter fortsetzen, denn die Politik, die wir heute machen, ist auch die Zukunft der nächsten Generation.